

## GASTKOMMENTAR

### In der EU droht die Ausbeutung der Samariter

DIRK MEYER



Was es etwas zu verteilen gibt, liegt Streit nahe – so war es auch beim 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“. 390 Milliarden sollen als Kredite den Mitgliedstaaten zufließen. Einer der Hauptbegünstigten ist Italien. Bei der erwarteten Schuldquote von 159 Prozent des BIP für Ende des Jahres steht die Tragfähigkeit der Verschuldung jedoch infrage und damit die Tilgung des Kredits in den Sternen.

Zudem: Werden die Hilfen sinnvoll ausgegeben? Während die Südeuropäer Auflagen vollständig ablehnten, die EU-Kommission eine Anbindung an vorgeformulierte eigene Ziele ohne effektive Kontrollen vorschlug, wollten die Niederlande als eine der „sparsamen Fünf“ (daneben Österreich, Dänemark, Schweden sowie Finnland) konkrete Reformzusagen/-auflagen mit genauer Kontrolle der Umsetzung – wie es auch die bisherigen Hilfsprogramme u.a. für Griechenland, Portugal und Irland vorsahen. Jetzt soll lediglich eine qualifizierte Mehrheit den Reformprogrammen zustimmen müssen, was nach dem Brexit für die Südländer leichter geworden ist. Doch was ist, wenn die nächste italienische Regierung die Reformen wieder rückgängig macht?

Die mit der EU-Katastrophenschutzrechtsklausel begründeten Pandemihilfen sind nur dann gerechtfertigt, wenn die Schwierigkeiten a) unverschuldet, b) Folge von COVID-19 und c) im Rahmen der Selbsthilfe nicht zu bewältigen sind. Aber der über Jahre fortlaufende, absichtsvolle Verstoß gegen die EU-Verschuldungsregeln, ein bislang noch bestehender Kapitalmarktzugang und die überaus hohen Privatvermögen lassen das italienische gerade als bedürftigen Hilfenemmer erscheinen. Wenn Hilfen dennoch als notwendig erachtet werden, sollten sie als Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vergeben werden. Damit wären die Hilfen wieder beim EU-Rat angesiedelt. Die Kommission als quasi europäischer Finanzminister wäre verhindert worden. Auch eine eigenständige EU-Steuerhoheit (Plastikabgabe, Digitalsteuer) wäre vom Tisch. Schließlich hätte man das Problem der Rechtsstaatlichkeit und der derzeit überaus umfangreichen Hilfen für Polen und Ungarn als Nicht-Euro-Staaten umgangen.

Um die Rückzahlung der Kredite zu gewährleisten, sollten diese mit staatlichen Vermögenswerten besichert werden. Ähnlich der ehemaligen Treuhändergesellschaft könnte der italienische Staat Immobilien, Infrastruktureinrichtungen und Unternehmensbeteiligungen in ein Sondervermögen auslagern, das bei Kreditausfällen an die EU-Gläubiger zur Verwertung gehen würde. Alternativ könnte das italienische Parlament eine Vermögensabgabe für große Privatvermögen – auf Vorrat – beschließen, die im Falle einer Staatsinsolvenz zur Bedienung der ESM-Kredite verwendet würde. Entsprechend unattraktiv würden die Hilfen für die italienische Regierung. Die Bürger würden nach Rechtfertigung verlangen und unverschuldeten, kreditfinanzierten Verausgabungen Widerstand entgegensetzen. Die Auslagerung als Sondervermögen schafft Transparenz und macht Günterstingswirtschaft und Korruption schwieriger. Solidarität – das Einstehen im Notfall auf Gegenseitigkeit – hat Eigenversorgung und die Einhaltung entsprechender Regeln zur Voraussetzung. Wenn dies nicht erfüllt ist, mutiert Solidarität zur Ausbeutung der Samariter.

Der Autor ist Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg.

## ESSAY

Es war 1993 am Frankfurter Opernplatz: „Wie sauber und gepflegt das hier aussieht“, bemerkte mein algerischer Kameramann sichtlich beeindruckt, als ich arbeitete mit den jungen, gläubigen Muslim damals als Korrespondent in Nordafrika. Er war für eine Kamerareparatur beim Hessischen Rundfunk zum ersten Mal nach Frankfurt gekommen. „So müsste es bei uns aussehen! Der Koran gebietet den Muslimen Reinheit, Reinheit ist der halbe Glauben, sagt der Prophet, aber du weißt ja, wie es bei uns aussieht, obwohl wir doch Muslime sind!“ In der Tat, das ARD-Büro war in Algier, und Algier war eine der verdrecktesten Hauptstädte der Welt.

Und dann, 26 Jahre später, in Algier, sah man reichweise junge Männer mit Müllsäcken in der Hand, die gemeinsam auch noch die letzte Zigarettenschachtel, den letzten Trinkbecher einsammeln, sauber machen, wie es das seit Jahrzehnten nicht gegeben hatte. Das geschah am 22. Februar 2019, dem Tag der ersten Massendemonstration gegen das „System Bouteflika“, den „Millitärstaat“, für einen „zivilen Staat“, der den Bürgern gehören würde. Hunderttausende waren auf den Beinen. „Wir haben uns den öffentlichen Raum wieder angeeignet. Jetzt gehört er uns. Und unser Raum soll nicht verdreckt sein“, so die Demonstranten, in deren Wohnungen, trotz Überbelegung, man übrigens vom Fußboden hätte essen können.

Das Reinigungsphänomen im öffentlichen Raum wiederholte sich an jedem Demonstrations-Freitag, parallel zur Forderung nach politischer Reinigung von Willkür, Gewalt, Korruption und Volksverdammung. Das meistgerufene Wort an jeder dieser Protesttage nie gesehene Ausmaßes war: „Friedlich!“ Bloß der Polizei keinen Vorwand geben einzuschreiten. Das genaue Gegenteil also von dem, was in Frankfurt und Stuttgart passiert ist.

Deshalb zeigen die Frankfurter und Stuttgarter Ereignisse: Die an den Krawallen beteiligten jungen Muslime sehen den öffentlichen Raum nicht als den Ihren an, nicht als Teil der Res Publica, sondern als feindliches, den Ungläubigen gehörendes Territorium. Deshalb haben einschlägige Regeln der öffentlichen Ordnung für sie keine Bedeutung, und die Polizei verdient keinerlei Respekt, zumal sie hier nicht, wie in den autoritär-diktatorischen Herkunftsländern der Migranten, mit paramilitärischer Brutalität vorgeht. So wird sie erst recht nicht ernst genommen. In derselben Logik sahen die jungen Muslime Algeriens den öffentlichen Raum vor seiner Wiedereingewidmung durch ihre Proteste als einen Raum der „Ungläubigen“ an, den die „herrschende Macht“ kontrollierte, auch sie „gottlos“ und „ungläubig“.

Man macht sich in Deutschland keinen Begriff davon, wie fundamental für die muslimische Welt die Unterscheidung zwischen „gläubig“ und „ungläubig“ ist, zwischen „islamisch“ und „unislamisch“. Sie beherrscht Tun und Denken. Das hohe Lob der „Gläubigen“ und die hüllische Verdammung der „Ungläubigen“ ist koranisches Leitmotiv. „Gläubig“ zu sein bedeutet zuallererst: Muslim sein, Mitglied der „besten Gemeinschaft“ aller Zeiten, egal, wie fromm das Mitglied dieser Gemeinschaft den göttlichen Geboten in der Praxis folgt. Dem „Ungläubigen“ ist man als Muslim allemal überlegen, selbst wenn man Straftaten begeht, denn Muslim bleibt man auch dann noch. Da hat die deutsche Polizei zurückzustehen.

Die permanenten Verdammungen der „Ungläubigen“ durch den Koran tun ein Übriges, um die Integration in die westliche Gesellschaft zu erschweren. All diese Verse sind in der islamischen Welt nicht unter Schichten der Aufklärung versunken, sondern lebendig. Derart lebendig, dass der algerische Schriftsteller Kamel Daoud von einem gnadenlosen „Theo-Populismus“ spricht, Folge zunehmender Islamisierung der muslimischen Welt in den letzten 30 Jahren. Islamisierung heißt: Ausschaltung und Ausgrenzung allen „unislamischen“ Gedankenguts aus dem Bildungswesen, dessen „katastrophen geistigen Zustand“ der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun schon vor 20 Jahren beklagte. Aus diesem Bildungswesen aber kommen zahlreiche der jungen männlichen Muslime, die nach Deutschland geflüchtet sind.

Schon der alltägliche Frankfurter Opernplatz, wie er sich tagsüber präsentiert, mit Liebespaaren auf dem Brunnenrand, die sich in aller Öffentlichkeit küssen und Händchen halten, ist völlig „unislamisch“. So gesehen ist der gesamte öffentliche Raum Westeuropas vielen Muslimen eine Zumutung. Dabei geschieht auf dem Frankfurter Opernplatz doch nur, was auch in der muslimischen Welt geschieht: Es wird massenhaft geflüchtet und getrunken, allerdings versteckt, heimlich. Nach außen ordnet man sich dem „Theo-Populismus“ unter, privat werden die religiösen Gebote permanent missachtet. „Bled schizo“, „Schizo-Land“, nennen die Nordafrikaner deshalb ihre Heimat, „schizo“ leben Millionen junger Muslime und Muslimin-



# Sie nennen es „Schizo-Leben“

Wenn bei jungen Menschen islamische Erziehung auf westlichen Alltag trifft, entstehen Identitätskonflikte. Das kann auch zu Gewalt im öffentlichen Raum führen – wie jüngst in Frankfurt und Stuttgart

SAMUEL SCHIRMBECK



nen, sei es in verbotenen Beziehungen, in der Homosexualität, beim Genuss von Alkohol, beim Anhören subversiver Musik. Dass dieses „Schizo-Leben“ in Deutschland nicht „schizo“, sondern normal ist, erklärt sich für sie aus der „Dekadenz des Westens“, an der zumindest ein Teil junger muslimischer Männer gern teilnimmt, denn verantwortlich dafür sind ja letztlich die „ungläubigen“ Veranstalter.

Doch das Schuldgefühl lauert. Denn die Vorstellung eines Ichs, eines Subjektes, das sich von der religiösen Norm befreien kann, wurde seit der Verbrennung der Bücher des muslimischen Philosophen Averroes vor rund 800 Jahren nicht mehr akzeptiert. Der tunesischstämmige Psychoanalytiker Fethi Benslama analysierte 2014 die Gespaltenheit und Zerrissenheit des muslimischen Subjekts in seinem Buch „La guerre des subjectivités en Islam“ (etwa: „Der Krieg der Ichs im Islam“). Es werde, so Benslama, trotz allem Geredes über die islamische „Identitätskrise“ das Wichtigste übersehen: der „Bürgerkrieg des Subjekts im Islam, dessen Objekt der Muslim selbst ist oder genauer, die Vorstellung von einem muslimischen Subjekt“.

Dieser Krieg der Ichs, so Benslama, findet seit dem Zusammenprall des islamischen Weltbildes mit dem der Aufklärung statt. Er hat zunächst den muslimischen „Aufklärungsbeauftragten“, dann den „Anti-Aufklärer“ hervorgebracht. Ersterer befürwortet zwar Reformen, doch nur, um den Islam zu retten. Der „Anti-Aufklärer“ hingegen sieht in Reformen den Anfang vom Ende des Islam. Zwischen diesen Optionen bewegt sich der Muslim in der heutigen globalisierten Welt. Ob „verwestlicht“, lediglich „angewestlicht“ oder voll „antwestlich“ – seine Ich-Bildung erfolgt gottverbunden, während sich im Westen, schreibt Benslama, „die ethische Konzeption von der Theologie ablöst und mit dem Gesellschaftlichen verbindet“.

Für die Gottverbundenheit des muslimischen Ichs steht beispielhaft der ägyptische Imam Rifa'a al-Tahtawi. Ausgebildet an der theologischen Al-Azhar-Universität in Kairo, wurde er 1826 für fünf Jahre nach Paris geschickt. Im Auftrag von Pascha Mehmet Ali sollte er die Erfolgsgeschichte des nicht muslimischen Universalismus herausfinden. Der Imam war von den französischen Fortschritten in Politik, Philosophie, Technik, Wissenschaft und im Umgang mit Frauen sehr angetan. Seine Beobachtungen wurden 1834 in Kairo und 1988 unter dem Titel „Das Gold von Paris. Reisebericht 1831-1836“ auf Französisch veröffentlicht.

Über die Pariser schreibt er: „Nüregends Gefangene der Tradition, mögen sie immer den Ursprung einer jeden Sache kennenlernen und sich seiner durch Beweise versichern. Sogar die Leute aus dem Volk können lesen und schreiben; sie diskutieren mit den anderen über tiefgreifende Probleme, jeder nach seinem Stand.“ Erstaunt stellt der junge Ägypter fest: „Andererseits sind die Männer in diesem Land Sklaven der Frauen. Sie unterstellen sich ihrem Kommando, seien sie hübsch oder nicht.“ Frauen dürften sogar noch vor dem Hausherrn an der Tür Gäste begrüßen, berichtet al-Tahtawi. Doch dann stößt er auf etwas, das ihn vom „Befürworter der Aufklärung“ zum „Anti-Aufklärer“ werden lassen wird: „Die Franzosen behaupten, und das gehört zur Zahl ihrer scheußlichen

Glaubensüberzeugungen, dass ihre Wissenschaftler und ihre Physiker eine weitreichendere und durchdringendere Intelligenz haben als die Propheten.“

Bei der Loslösung des Ichs von Gott macht Tahtawi nicht mit, genauso wie es der größte Teil der muslimischen Welt bis heute nicht tut. In der moralischen Sphäre bewahrt Tahtawi sich einen Teil des islamischen Ideals. So hätten die Freiheiten der Aufklärung Zügellosigkeit in die Sitten eindringen lassen, die Spiritualität geschwächt, hätten Exzesse gebracht, vor denen die Muslime sich schützen müssten und könnten dank der Macht ihrer religiösen Moral.

Bei diesen „Exzessen“ aber machen auch junge Muslime mit, auf dem Frankfurter Opernplatz etwa, jedoch mit einem Schuldgefühl, das noch brennender wird, wenn die Polizei auftaucht und sie ungewollt daran erinnert, dass sie Verbotenes tun. Wenn sie daraufhin diesen gottlosen Platz unislamischer Verführung zurichten, mag sich das Schuldgefühl mindern. Auch der eine oder andere „Allah-u-Akbar“-Ruf (Gott ist groß) kann helfen, den „Krieg der Ichs“ für einen Moment zu besänftigen. Die Nicht-Muslime der „ACAB“-Gemeinde (All Cops Are Bastards), die ihnen applaudieren, haben von diesem zerstörerischen und selbstzerstörerischen Krieg im Innern junger Muslime keine Ahnung.

Es reicht nicht, zur Erklärung der Gewalttätigkeiten die Benachteiligung von „Menschen“ als Migrationshintergrund anzuführen. Denn es gibt nicht den einen Migrationshintergrund. Warum gehen Gewalt, Regelverstöße, Überheblichkeit gegenüber Repräsentanten des Staates einerseits und Klagen über „Benachteiligung“ andererseits selten von Personen mit chinesischem, vietnamesischem oder lateinamerikanischem Migrationshintergrund aus, sondern weit mehr von solchen mit arabisch-islamischem? Deshalb verdiente es dieser Migrationshintergrund, stärker in den Vordergrund gerückt und sein ambivalentes, oft feindseliges Verhältnis zu den westlichen Werten analysiert zu werden – gerade weil die nicht migrierende muslimische Jugend in Algerien und anderswo für die Verwirklichung solcher Werte im Rahmen der islamischen Zivilisation auf die Strafen geht.

Der Autor war von 1991 bis 2001 ARD-Hörfunk- und Fernsehkorrespondent für Nordafrika. Zuletzt erschien von ihm: „Gefährliche Toleranz: Der fatale Umgang der Linken mit dem Islam“ (Orell Füssli).

## IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985)

Herausgeber: Stefan Aust  
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt  
Stellvertreter des Chefredakteurs:  
Oliver Michaly, Anne Teich  
Chefredakteur in der Web-Gruppe:  
Johannes Bött, Dagmar Rosenfelder  
Siv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Esner  
Chefredakteur: Torsten Knud  
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann  
Leitung Redaktionsteam: Christian Gaertner,  
Siv. Philip Jürgens, Lars Wincker  
Chefredakteur: Julia Schwaneberg,  
Siv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithöcker, Claudia Kade, Lars Schneider, Dr. Jacques Schuster, Forum, Dr. Marie Kogel, Siv. Rainer Haschick Investigation/Reportage:  
Wolfgang Büscher, Manuel Bewander Außenpolitik:  
Klaus Geiger Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gernemann, Siv. Dietmar Deffner, Thomas Esner (Siv. Editor) Feuilleton: Delina Deiza, Andreas Senfelder, Siv. Hannah Lüthmann Literatur/Arzt: Wol. Do-

Mara Delius Literatur/ Korrespondent: Richard Kimmring, Silke/Arzt: Adriano Sack, Siv. Silke Krüger, Inga Grise (Senior Editor) Sport: Matthias Brügmann Wissen: Dr. Pia Heilmann, Siv. Wiebke Hollerer Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach Nachrichten/Unterhaltung: Falk Schneider Community/Social: Thore Barfuß WELTplus: Sebastian Lange Video: Martin Heller

OVD Produktion: Patricia Fote, Peter Michael Dilger, Siv. Stefan A. Rinne Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm  
Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann, Clemens Wergin Chefredakteur: Dr. Dorothea Sieim Korrespondent: Politik/Gesellschaft: Ulrich Esner, Dr. Richard Herringer Chefredakteur:  
Feuilleton: Dr. Jan Kieweler Chefredakteur Wissen/Gesellschaft: Dr. Norbert Lössner Chefredakteur: Stefan Frommann, Heike Winkler Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff  
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stillerer Autoren: Henry M. Broder, Dr. Susanne Gaechele, Peter Hill, Alan Posener, Benjamin von Stuedrad-Baruf, Hans Zippert  
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiller Budapest: Boris Kiskaly Istvanbal, Denis Viced Kapardis: Christian Pasch London: Stefanie Bolten, Thomas Kieglerr Marrakesch: Alfred Hackenberg Moskau: Pavel Lokhin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meiser Warschau: Philip Fritz Washington: Steffen Schwarzburg, Dr. Daniel Friedrich Sturm